

Auch Armut ist relativ

Armut. Knapp 15 Prozent der Bevölkerung in Deutschland gelten als arm. Das ist zwar mehr als zu Anfang der 1990er-Jahre. Richtig ist aber auch, dass die Armutsquote seit geraumer Zeit nicht weiter steigt.

Die Grenze zur relativen Einkommensarmut – also einem Nettoeinkommen, das weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens entspricht – lag 2008 für einen Single bei 936 Euro im Monat (971 Euro in Westdeutschland, 825 Euro in Ostdeutschland). Ein Paar mit zwei kleinen Kindern galt als einkommensarm, wenn es weniger als 1.965 Euro netto monatlich zur Verfügung hatte

(2.039 Euro im Westen, 1.733 Euro im Osten).

Auf lange Sicht ist die relative Einkommensarmut gestiegen (Grafik): Anfang der 1990er-Jahre waren in der Bundesrepublik rund 11 Prozent der Bevölkerung chronisch knapp bei Kasse, aktuell sind es nahezu 15 Prozent. Zuletzt gab es jedoch nur noch marginale Veränderungen:

Heutzutage müssen nicht mehr Menschen mit geringen Einkünften auskommen als 2004.

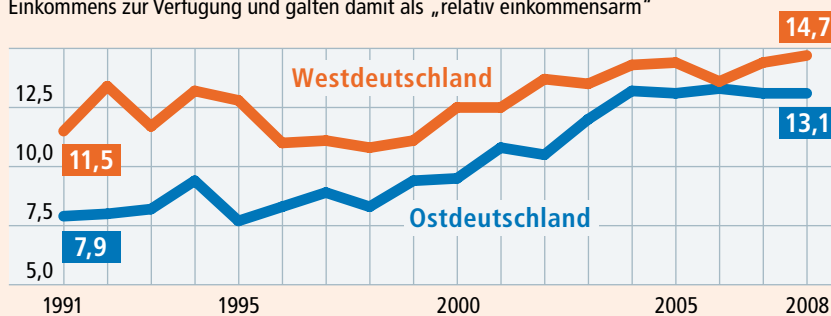
Erste Zahlen für 2009 zeigen, dass auch die globale Wirtschaftskrise die Einkommensarmut nicht vergrößert hat. Mit dazu beigetragen haben dürfte, dass der weltweite Nachfrageeinbruch von der deutschen Wirtschaft ohne gravierende Beschäftigungsverluste bewältigt werden konnte.

Schaut man bei der Armutsbetrachtung über die bloßen Einkommensverhältnisse hinaus, gibt es ebenfalls Positives zu berichten: Zum einen ist die Langzeitarbeitslosigkeit gesunken – 2005 waren 5,7 Prozent der Erwerbspersonen seit mindestens einem Jahr ohne Job, 2009 nur noch 3,4 Prozent –, zum anderen haben sich vor allem in Ostdeutschland die Wohnverhältnisse verbessert.

Allerdings gelingt es immer weniger Menschen, Rücklagen zu bilden. Und wer in Deutschland einmal arm ist, der kommt finanziell auch schwerer wieder auf die Beine als früher.

Einkommensarmut: Zuletzt kaum verändert

So viel Prozent der Einwohner in Deutschland hatten weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung und galten damit als „relativ einkommensarm“



Mittleres Einkommen: Einkommen, bei dem genau die Hälfte der Bevölkerung mehr und die andere Hälfte der Bevölkerung weniger verdient; Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 9

In dieser Woche

Forschung und Innovation: Der deutsche Mittelstand hat seine Forschungsanstrengungen seit 2004 forciert.
Seite 2

Insolvenzgeld: Der Bund will die Rücklage nutzen, um seinen Zuschuss zur Bundesagentur für Arbeit zu reduzieren.
Seite 3

Bruttoinlandsprodukt: Als Wohlstandsindikator gibt es zum Bruttoinlandsprodukt keine gute Alternative.
Seite 4-5

Energiemanagement: Ohne entsprechende Systeme droht Firmen der Wegfall der Ökosteuervergünstigungen.
Seite 6

Unternehmerbild: Junge Menschen sind offen dafür, selbst unternehmerisch tätig zu werden.
Seite 7

Elektromobilität: Elektroautos rechnen sich derzeit weder für den privaten noch für den geschäftlichen Nutzer.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



Mittelständische Forschungsmeister

Forschung und Innovation. Kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland zählen inzwischen zu den innovativsten in ganz Europa. Dieser Erfolg hat einen einfachen Grund: Der deutsche Mittelstand hat seine Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts stark forciert.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Deutschland haben laut der aktuellen Innovationserhebung des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft 2010 gut 8,7 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert (Grafik). Mehr als jeder siebte Forschungseuro im Wirtschaftssektor wird damit hierzulande vom Mittelstand aufgewendet – der

viel dynamischer ist als die deutschen Großunternehmen:

Im vergangenen Jahr haben kleine und mittelgroße Betriebe beachtliche 71 Prozent mehr Geld in Forschung und Entwicklung gesteckt als im Jahr 2004; große Unternehmen erweiterten ihre FuE-Budgets lediglich um 19 Prozent.

Zudem haben die KMU ihr Forschungspersonal um 52 Prozent aufgestockt, was einem Zuwachs von 26.500 Vollzeitstellen entspricht. Große Unternehmen hingegen schufen nur 8 Prozent mehr FuE-Jobs.

Die Wirtschaftskrise spielte für das Forschungspersonal weder in kleinen noch in größeren Firmen eine Rolle. Trotz Umsatz- und Gewinneinbrüchen von bis zu 30 Prozent ist

die Zahl der FuE-Beschäftigten im Krisenjahr 2009 um nicht einmal 1 Prozent gesunken; die Ingenieurbeschäftigung ist sogar gestiegen.

Das Forschungsengagement der mittelständischen Betriebe schlägt sich mittlerweile in entsprechenden Erfolgen nieder:

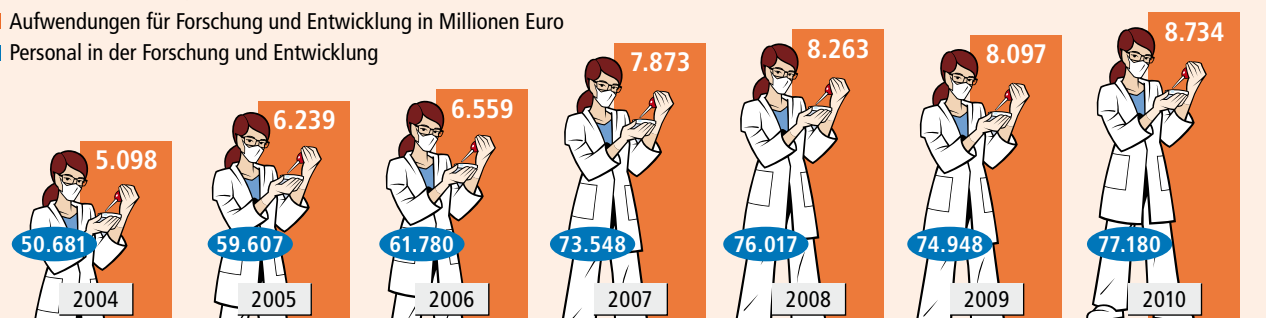
Hierzulande haben 54 Prozent der kleinen und mittelgroßen Unternehmen in den zurückliegenden drei Jahren mindestens eine Produkt- oder Prozessinnovation auf den Markt gebracht.

Der deutsche Mittelstand steht damit in Europa mit an der Spitze – lediglich in der Schweiz sind mit 57 Prozent noch mehr Unternehmen innovativ. EU-weit liegt der Schnitt bei lediglich 34 Prozent.

Forschung und Entwicklung: Kleine Firmen ganz groß

Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern in Deutschland

- Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Millionen Euro
- Personal in der Forschung und Entwicklung



Personal: in Vollzeitstellen umgerechnet; Aufwendungen 2010: vorläufige Daten; Personal 2010: Schätzung
Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Ind 9

Zum Wohle aller

Forschung und Entwicklung lohnen sich in der Regel nicht nur für das einzelne Unternehmen, sondern für die gesamte Volkswirtschaft. Erfindet ein Unternehmen beispielsweise eine Methode, die seinen Energieverbrauch um 5 Prozent senkt, so kann diese Technik oft auch in vielen anderen Betrieben eingesetzt werden. Vor allem hochentwickelte und ressourcenarme Länder wie Deutschland sind

stark darauf angewiesen, eigene Innovationen hervorzubringen. Sollten die EU-Staaten ihr Ziel erreichen, bis zum Jahr 2020 die angestrebten 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung aufzuwenden, würde dies laut EU-Kommission europaweit bis zu 3,7 Millionen neue Jobs schaffen und zu einem Anstieg des jährlichen EU-BIP um knapp 800 Milliarden Euro führen.

Bund will Rücklage zweckentfremden

Insolvenzgeld. Anders als das Arbeitslosengeld wird das Insolvenzgeld allein von den Arbeitgebern finanziert – die Bundesagentur für Arbeit verwaltet die Umlage nur. Dennoch will der Bund die derzeitige Insolvenzgeldrücklage von 1,2 Milliarden Euro nutzen, um seinen Zuschuss zum Haushalt der Bundesagentur zu reduzieren.

Wenn ein Unternehmen pleitegeht, bewahrt das Insolvenzgeld die Beschäftigten davor, unvermittelt in ein finanzielles Loch zu fallen (Kasten). Den voraussichtlichen jährlichen Finanzbedarf abzuschätzen, ist Aufgabe des Bundesarbeitsministeriums, das dann den entsprechenden Umlagesatz festsetzt. In früheren Jahren hatte die Politik hierbei meist richtiggelegen. So hätte denn auch der Satz von 0,1 Prozent des Arbeitsentgelts im Jahr 2009 normalerweise zur Deckung der Ausgaben ausgereicht.

Doch die Wirtschafts- und Finanzkrise ließ die Zahl der Firmeninsolvenzen in die Höhe schnellen – mit erheblichen Folgen (Grafik):

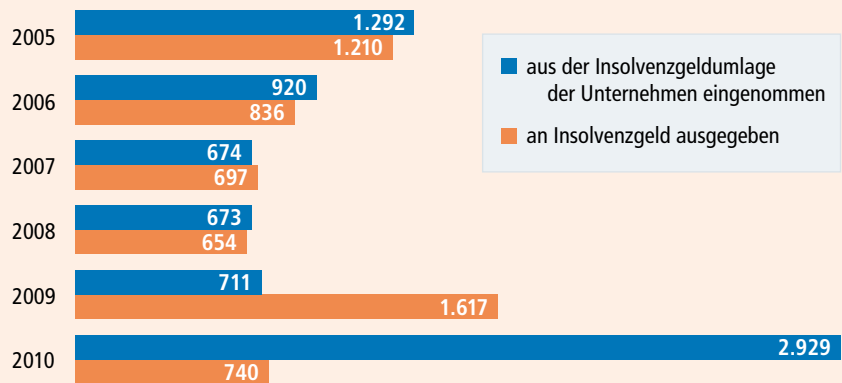
Den Einnahmen aus der Insolvenzgeldumlage in Höhe von 711 Millionen Euro standen Zahlungen von mehr als 1,6 Milliarden Euro gegenüber.

Da die Wirtschaftsforscher Ende 2009 noch damit rechneten, dass die Krise die Zahl der Arbeitslosen auf über 4 Millionen steigen lassen würde, hob das Arbeitsministerium die Insolvenzgeldumlage für 2010 auf 0,41 Prozent an.

Dies ließ die Einnahmen im Jahr 2010 auf mehr als 2,9 Milliarden Euro steigen – doch da die erwartete Arbeitsmarktkatastrophe ausblieb,

Insolvenzgeld: Aufschwung senkt die Ausgaben

So viele Millionen Euro hat die Bundesagentur für Arbeit ...



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 9

wurden lediglich 740 Millionen Euro an Insolvenzgeldern ausbezahlt.

Unterm Strich beliefen sich die Ausgaben in den beiden vergangenen Jahren auf 2,4 Milliarden Euro, die Einnahmen jedoch auf 3,6 Milliarden Euro. Mit der Rücklage in Höhe von 1,2 Milliarden Euro ließen sich voraussichtlich die Insolvenzgeldzahlungen im Jahr 2011 bestreiten. Dies sah wohl auch das Bundesarbeitsministerium so und hat den Umlagesatz für dieses Jahr auf null gesenkt.

Doch der unverhoffte Geldsegen hat Begehrlichkeiten im Bundesfinanzministerium geweckt – nach dessen Auffassung soll der Überschuss aus der Insolvenzgeldumlage im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) aufgehen. Dann müsste der Bund nämlich entsprechend weniger zuschießen, um das Defizit der BA auszugleichen.

Diese Vereinnahmung des Insolvenzgelds wollen die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Verwaltungsrat der BA jedoch nicht hinnehmen. Sie plädieren dafür, dass der Überschuss 2011 tatsächlich für

anstehende Insolvenzgeldzahlungen zur Verfügung steht. Anderenfalls müsste das Geld entweder aus dem allgemeinen Haushaltstopf der BA entnommen werden – dann würde das Insolvenzgeld jedoch auch aus den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer finanziert. Oder aber die Umlage wäre nachträglich zu erheben – damit würden die Arbeitgeber doppelt zur Kasse gebeten.

Insolvenzgeld

Wenn ein Unternehmen in die Insolvenz geht und keine Löhne mehr zahlt, können die Mitarbeiter bei der Bundesagentur für Arbeit einen Antrag auf Insolvenzgeld stellen. Dieses wird für maximal drei Monate gezahlt, und zwar bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze in der Arbeitslosenversicherung. Die Umlage zur Finanzierung des Insolvenzgelds zahlen die Arbeitgeber als jährlich festgelegten Prozentsatz des Arbeitsentgelts. Die Krankenkassen ziehen die Umlage zusammen mit dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag von den Unternehmen ein und führen das Geld an die Arbeitsagentur ab.

Das Maß der Dinge

Bruttoinlandsprodukt. Die Frage, ob die industrialisierte Welt einen neuen Wohlstandsindikator braucht, wird momentan wieder einmal hitzig diskutiert. Der Bundestag hat hierzu vor kurzem sogar eine Enquetekommission eingesetzt. Beschäftigt man sich allerdings eingehend mit den Argumenten, zeigt sich: Das Bruttoinlandsprodukt hat als Indikator keinesfalls ausgedient.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein praktisches Maß, wenn es darum geht, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Ländern miteinander zu vergleichen: Es gibt den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen an, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Grenzen einer Volkswirtschaft für den Endverbrauch hergestellt wurden. Für Deutschland belegen die BIP-Daten der vergangenen Jahrzehnte die weitgehende Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den großen Wohlstandszuwachs (Grafiken).

Doch so praktisch das BIP ist, so umstritten ist es auch. Kritiker führen verschiedene Argumente an, weshalb es als Wohlstandsmaß nicht oder zumindest nicht mehr besonders gut

geeignet ist. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass nicht alle Kritikpunkte valide sind:

1. Das Bruttoinlandsprodukt erfasst vorwiegend Aktivitäten, die über einen Markt organisiert sind. Entsprechend, sagen die BIP-Kritiker, unterschätze das Maß die tatsächliche Wohlfahrt eines Landes. Gängige Beispiele sind die unentgeltlichen Arbeiten von Hausfrauen und -männern sowie ehrenamtliche Tätigkeiten.

Im Grundsatz ist diese Kritik berechtigt, doch den Indikator entsprechend weiterzuentwickeln, fällt schwer: Wenn zum Beispiel Marktpreise fehlen, existieren erhebliche Bewertungsspielräume.

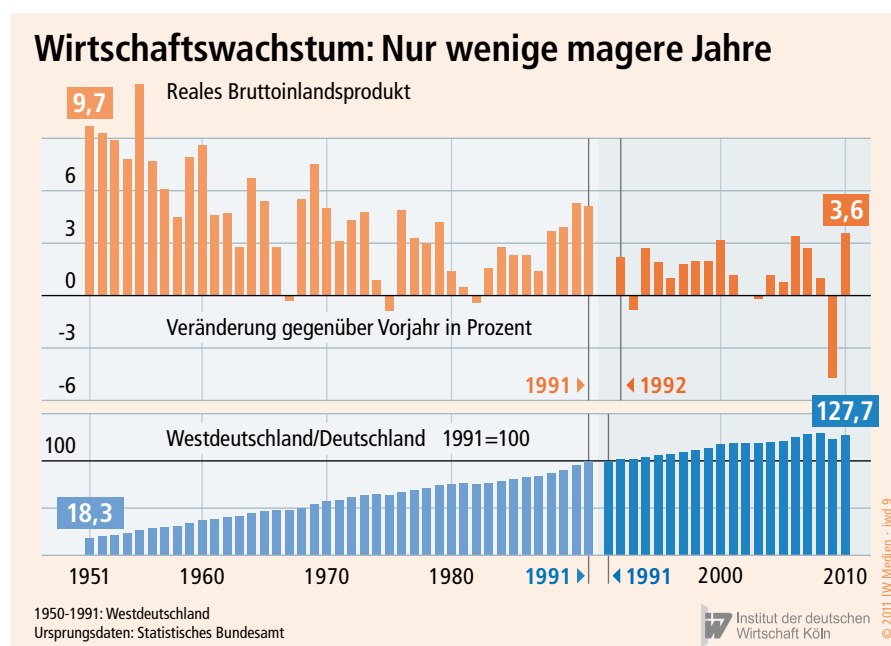
2. Das BIP vernachlässigt die Bedeutung der Einkommensverteilung. Tat-

sächlich kann die Verteilung des Wohlstands in einem Land unterschiedlich beurteilt werden. Die Forschung hat außerdem gezeigt, dass die relative Position im Einkommensgefüge die Zufriedenheit mit der eigenen Situation beeinflusst. Diese Tatsache macht es nahezu unmöglich, Fragen der Einkommensverteilung bei der Wohlstandsbewertung eines Landes zu berücksichtigen.

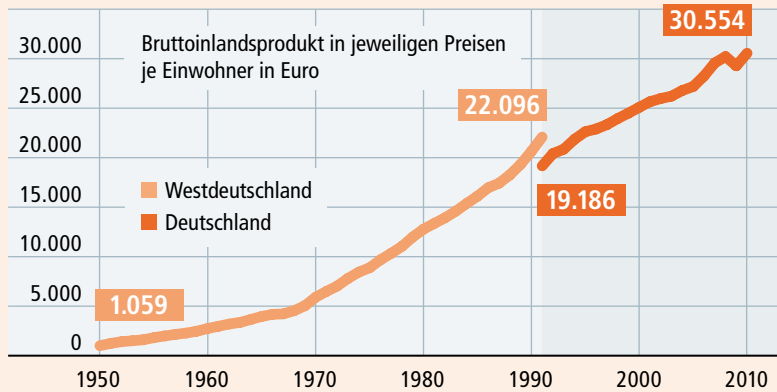
3. Negative Ereignisse wie Autounfälle erhöhen das Bruttoinlandsprodukt. Dieser Einwand zur Treffsicherheit des BIP als Indikator ist falsch. Hier wird seitens der Kritiker nicht sauber zwischen den sogenannten Strom- und Bestandsgrößen unterschieden: Das BIP ist eine Stromgröße und misst die in einem Jahr erstellten Güter und Dienstleistungen. Unzweifelhaft erhöht es das BIP, wenn ein Schaden beseitigt oder ein Unfallopfer ärztlich versorgt wird.

Die Gegenbuchung muss auf dem Vermögenskonto der Volkswirtschaft erfolgen. Doch ob das BIP tatsächlich größer ist als ohne die Schäden, ist unsicher: Ressourcen, die eingesetzt wurden, um den Schaden zu beseitigen, standen an anderer Stelle ja nicht zur Verfügung.

4. Marktpreise können verzerrt sein. Natürlich funktionieren Märkte nicht immer einwandfrei, entsprechend ist die Preisbildung nicht immer optimal. Gleichwohl ist die dem BIP zugrunde liegende Messung der Wohlfahrt zu Marktpreisen ein sowohl sehr offenes als auch sehr flexibles Konzept. Denn wenn Menschen Dinge haben, die sie glücklicher machen als andere oder die ihnen einen höheren Nutzen stiften,



Wohlstand: Deutsche Erfolgsstory



Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · Iwd 9

Glücks-BIP



Das Centrum für angewandte Wirtschaftsfor- schung Münster hat das „Glücks-BIP“ im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft entwickelt. Der Indikator trägt der Tat- sache Rechnung, dass sich die Lebens- zufriedenhheit in Deutschland trotz steigenden Bruttoinlandsprodukts nicht zwangsläufig mit erhöht.

Aus Daten des Sozio-oekonomischen Panels werden zum Beispiel mikro- ökonomische Faktoren wie die Einkom- mensverteilung für die Berechnung des Glücks-BIP übernommen. Im Ergebnis folgt der so entstandene Indikator den- noch der Konjunktur eines Landes – mit einem Jahr Verzögerung.

Deshalb ist auch für das Glücks-BIP das Wirtschaftswachstum wichtig: Gibt es in einer Volkswirtschaft eine Stagnation, werden die Menschen unzufriedener. Nur wenn sich die Wirtschaftsleistung erhöht, bleibt die Bevölkerung zumin- dest so zufrieden wie zuvor.

Human Development Index



Der Human Development Index (HDI) der Vereinten Nationen berücksichtigt – anders als das BIP – auch die Lebenser- wartung und den Bildungsgrad in einem Staat. Der HDI soll eine Messung ermög- lichen, die so viele Aspekte der Entwick- lung berücksichtigt, wie es einem relativ simplen Index eben möglich ist.

Die Aussagekraft des HDI ist aller- dings umstritten: Er verwendet Durch- schnittswerte für ein Land und kann deswegen Ungleichheiten innerhalb eines Staates nicht wiedergeben. Die Konstruktion des Index wurde in den vergangenen Jahren zudem mehrfach verändert, weshalb Daten nur einge- schränkt im Zeitverlauf miteinander vergleichbar sind.

steigt ihre Nachfrage und Zahlungsbereitschaft für diese Produkte oder Dienstleistungen an – beispielsweise für Biowaren. Insofern fließt dann auch die Beurteilung der Lebensqualität ins BIP ein. Da, wo der Preismechanismus Schwachstellen hat – etwa durch Monopole –, sollten diese abgestellt werden.

Alles in allem überwiegen die Vor- teile des BIP: Denn hierfür existiert eine eindeutig definierte Messmetho- dik, die – auch im Zeitablauf und im Vergleich von Volkswirtschaften – für weitgehend konsistente Ergeb- nisse sorgt.

Außerdem ist kein Indikator in Sicht, der mit überzeugenden Argu- menten an die Stelle des BIP treten könnte (Kästen). Denn andere Wege zur Messung von Wohlfahrt und Lebensqualität sind – anders als oft suggeriert – keinesfalls über jeden Zweifel erhaben:

- **Aggregationsprobleme.** Verschie- dene Einzelindikatoren mit ganz unterschiedlichen Dimensionen kön- nen nicht einfach zu einem Gesamt- indikator addiert werden. So ist es beispielsweise fraglich, ob man eine zunehmende Ungleichheit der Ein- kommensverteilung mit einer Ver- ringerung von CO₂-Emissionen ver- rechnen sollte. Zudem gibt es keinen

Ansatzpunkt dafür, wie einzelne In- dikatoren methodisch sinnvoll ge- wichtet werden können.

- **Fokussierung auf Ergebnisse.** Fak- ten wie die Zahl der Ärzte pro Ein- wohner oder die Aufklärungsquote bei Verbrechen bieten zweifellos wertvolle Informationen. Doch Wohlstand muss immer wieder aufs Neue erarbeitet und im Wettbewerb erfolgreich verteidigt werden. Wer mit einem entsprechenden Indikator nur auf Ergebnisse schaut, kann das leicht aus den Augen verlieren.

- **Anfälligkeit für politische Fehlsteuerung.** Wenn die Erfolgsbeurteilung von Politikern maßgeblich an einem Universalindikator zur Lebensqua- lität hängt, nehmen Politiker voraus- sichtlich jene Variablen ins Visier, die einen hohen Einfluss auf das Ge- samtergebnis haben und bei denen Verbesserungen relativ leicht zu er- zielen sind. So nimmt die Gefahr von Fehlsteuerungen zu.

Das Bruttoinlandsprodukt, das zeigen all diese Überlegungen, hat als Wohlfahrtsindikator keineswegs aus- gedient. Dennoch sollte weiter an der Aussagekraft des BIP gefeilt werden – allerdings nach international ein- heitlichen Maßstäben, damit die Ver- gleichbarkeit auch über Ländergren- zen hinweg gewahrt bleibt.

Druckmittel Ökosteuer

Energiemanagement. Die deutsche Industrie hat auf dem Weg zu einem effizienteren Energieeinsatz große Fortschritte erzielt. Dennoch fordert die Bundesregierung die Unternehmen nun zur Einführung von Energiemanagementsystemen auf. Anderenfalls droht den Firmen sogar der Wegfall der Vergünstigungen bei der Ökosteuer.

In den vergangenen Jahren hat die deutsche Wirtschaft erhebliche Anstrengungen unternommen, um ihren Energieaufwand und damit auch die Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) zu reduzieren. Gerade in jenen Industriebereichen, die viel Energie benötigen, waren die Resultate beachtlich (Grafik):

In der Chemischen Industrie fielen im Jahr 2009 je Tonne produzierte Güter nur noch knapp halb so viel energiebedingte CO₂-Emissionen an wie 1990.

In ähnlicher Größenordnung hat die Zementindustrie ihre Energienutzung verbessert. In der Eisen- und Stahlbranche betrug der rela-

tive Emissionsrückgang immerhin 11 Prozent.

Der Bundesregierung genügt dies jedoch nicht: Laut ihrem Energiekonzept soll der CO₂-Ausstoß – absolut gesehen – bis 2020 um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 sinken. Zu diesem Zweck sieht das Konzept bis 2020 eine Verringerung des Verbrauchs an Primärenergien wie Öl, Kohle und Gas um 20 Prozent gegenüber 2008 vor. Bis 2050 strebt die Regierung sogar einen Rückgang um 50 Prozent an.

Dazu müsste allerdings – sofern das Bruttoinlandsprodukt weiter wächst wie bisher – die mit einer Einheit Primärenergie erbrachte Wirtschaftsleistung pro Jahr um 2,1 Prozent zulegen.

Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, ist die Energieeffizienz doch von 2000 bis 2008 trotz des Engagements der Wirtschaft im Schnitt „nur“ um 1,6 Prozent gestiegen.

Den Schlüssel zum Erfolg sieht die Politik in Energiemanagementsystemen (Kasten). Die Unternehmen sollen diese zwar im Prinzip freiwillig

Energiemanagementsysteme

Diese Systeme sollen zu einem effizienteren Energieeinsatz beitragen. Die Anforderungen nach der europäischen Norm EN 16.001 sehen unter anderem eine Erklärung des jeweiligen Unternehmens über seine energiepolitischen Ziele vor. Zu den weiteren Grundbausteinen gehören die genaue Festlegung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten sowie eine ausführliche Dokumentation. Die Fortschritte beim Energieverbrauch müssen überwacht werden und das System ist regelmäßig durch ein internes Audit zu überprüfen. Erfüllt ein Unternehmen alle Anforderungen, kann es sein System auch zertifizieren lassen.

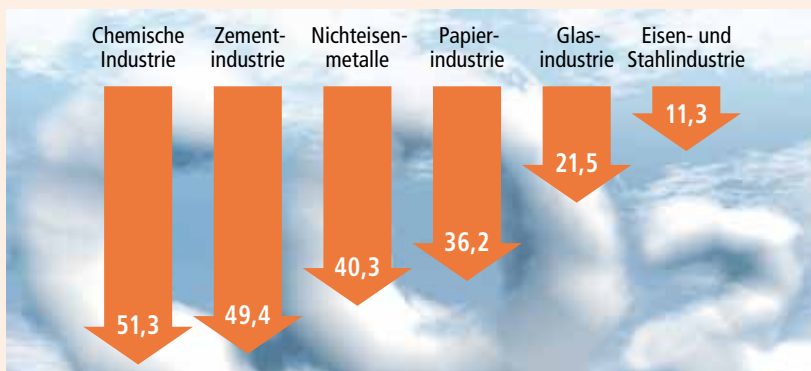
einführen. Doch die Ökosteuer-Vergünstigungen – für viele energieintensiv produzierende Betriebe ein entscheidender Wettbewerbsfaktor – will die Bundesregierung ab 2013 nur noch jenen Firmen gewähren, die durch Energiemanagementsysteme oder vergleichbare Maßnahmen Energieeinsparungen vorweisen können.

Tatsächlich haben viele Unternehmen bereits aus eigenem Antrieb solche Systeme aufgebaut – schließlich können sie helfen, Energiekosten zu senken und das Image zu verbessern. Daher ist der Druck der Regierung auf die Firmen überzogen und lässt deren wirtschaftliche und technische Grenzen außer Acht.

Besser wäre es, gerade kleine und mittlere Betriebe durch mehr Beratung von den Vorteilen eines freiwilligen Energiemanagements zu überzeugen. Zugleich sollte die Politik in einem offenen Dialog mit der Industrie vertretbare Maßnahmen erörtern, die zu einer rationellen Energieverwendung führen. Denn diese sind Voraussetzung dafür, dass die EU die Ausnahmen von der Ökosteuer über 2013 hinaus genehmigt.

Industrie: Höhere Energieeffizienz

Um so viel Prozent ist die je produzierte Gütereinheit ausgestoßene Menge Kohlendioxid von 1990 bis 2009 gesunken



Quelle: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 9

Nachwuchs will was unternehmen

Unternehmerbild. Wirtschaft und Unternehmertum – nein, danke. Diese in der Öffentlichkeit vielfach beklagte Einstellung Jugendlicher entspricht nicht unbedingt der Realität: Junge Menschen interessieren sich für wirtschaftliche Themen, haben ein weitgehend positives Unternehmerbild und sind offen dafür, selbst unternehmerisch tätig zu werden – das zeigt eine aktuelle Studie.

Das Bundeswirtschaftsministerium wollte wissen, was der Nachwuchs vom Thema Selbstständigkeit hält und gab eine Studie namens „Unternehmergeist in die Schulen?!“ in Auftrag.

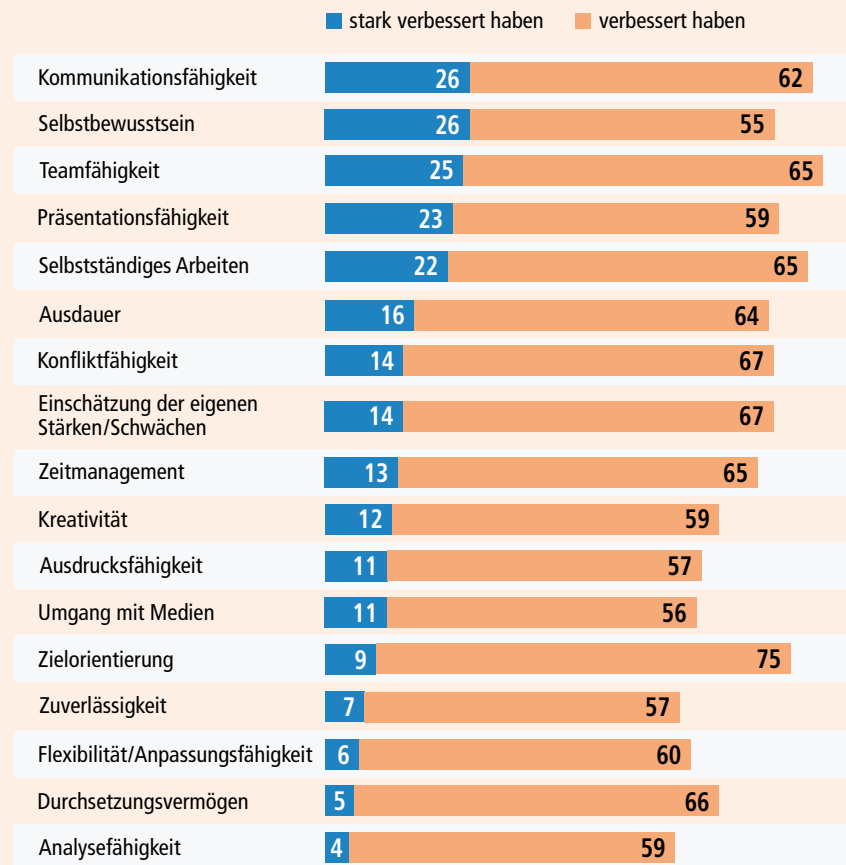
Die Umfrage sollte zudem zeigen, wie sich bereits laufende Projekte ausgewirkt haben, die den Gedanken des Unternehmertums an den Schulen fördern sollen. Zu diesen Initiativen zählen „JUNIOR“ und „JUNIOR-Kompakt“ der IW JUNIOR gGmbH, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, sowie der „Deutsche Gründerpreis für Schüler“ und „Jugend gründet“. Schüler stellen in diesen Projekten beispielsweise eine (fiktive) Firma auf die Beine und müssen ihr Unternehmen ein Schuljahr lang führen.

Insgesamt waren 2.800 Jugendliche an der Umfrage beteiligt – sowohl ehemalige Projektteilnehmer als auch Nichtteilnehmer. Zwei von drei Jugendlichen, die bei einem solchen Projekt mitgemacht haben, interessieren sich generell für Wirtschaftsthemen; der Anteil bei den Nichtteilnehmern ist zwar geringer, hier signalisiert aber immerhin jeder

Schülerprojekte: Die Extraportion Wirtschaft

Das Bundeswirtschaftsministerium fördert die Initiative „Unternehmergeist in die Schulen“, in der zwölf Projekte zusammenarbeiten, um mehr Wirtschaftsunterricht in Schulen zu bringen.

So viel Prozent der befragten Lehrer meinen, dass sich ihre Schüler, die an einem Unternehmergeist-Projekt teilgenommen haben, auf diesen Gebieten ...



Rest zu 100: gleich geblieben; Befragung von 193 Lehrern im Jahr 2010
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 9

zweite sein Interesse. Im Durchschnitt können sich sechs von zehn Jugendlichen zudem vorstellen, später einmal ihr eigener Chef zu sein. Insbesondere in einem Punkt herrscht Einigkeit:

Bei einer breiten Mehrheit der Jugendlichen genießen Unternehmer und Unternehmerinnen ein positives Ansehen.

Parallel zu den Schülern wurden auch 193 Lehrer nach ihren Einschätzungen befragt, wie sich die Unternehmergeist-Projekte ausge-

wirkt haben (Grafik). Die wichtigsten Ergebnisse:

1. Die Projekte erweitern Wirtschaftswissen und gründungsbezogene Kenntnisse – neun von zehn Lehrern sehen das so.
2. Schlüsselqualifikationen wie Team-, Kommunikations- und Präsentationsfähigkeit verbessern sich; das attestieren zwei Drittel der Schüler und sogar 90 Prozent der Lehrer.
3. Das Gründungsinteresse steigt – sagen 40 Prozent der Schüler und jede zweite Lehrkraft.

Der Preis ist noch zu hoch

Elektromobilität. Elektroautos gelten zwar in den Medien als chic, und auch die Politik sowie die Autoproduzenten machen sich für die Stromflitzer stark. Derzeit rechnen sich die E-Mobile jedoch weder für den privaten noch für den geschäftlichen Nutzer.

Futuristische Elektroautos, die in fünf Sekunden von 0 auf 100 beschleunigen, sind die Stars des 81. Internationalen Auto-Salons in Genf. Wann sie in nennenswerter Zahl auf deutschen Straßen unterwegs sein werden, steht allerdings in den Sternen. Bislang sind hierzulande nur rund 1.600 reine Elektroautos zugelassen. Selbst in den USA wurden 2010 lediglich 345 E-Mobile in den Verkehr gebracht.

Dass das Elektroauto nicht so recht auf Touren kommt, hat vor allem einen Grund – es fehlt an ausreichend leistungsfähigen Batteriesystemen. Reichweiten und Ladezeiten sind verbesserungsbedürftig.

Adressaufkleber

Elektroautos: Unternehmen zögern mit Anschaffung

So viel Prozent der Umweltpersonen aus der Wirtschaft antworteten wie folgt auf die Frage, unter welchen Bedingungen in ihrer Firma Elektroautos angeschafft werden

	Unternehmen mit bis zu 10.000 Beschäftigten	Unternehmen mit mehr als 10.000 Beschäftigten
Wir haben keine infrage kommenden Dienstfahrzeuge	13,0	4,1
Keine Anschaffungen wegen eingeschränkter Nutzbarkeit	44,9	30,6
Nur ohne Mehrkosten	5,8	6,1
Bis 2.500 Euro Mehrkosten	20,3	14,3
2.501 bis 10.000 Euro Mehrkosten	5,8	18,4
10.001 bis 20.000 Euro Mehrkosten	1,4	0
Einige Fahrzeuge werden in jedem Fall angeschafft	8,7	26,5



Befragung von 118 Umweltpersonen im Herbst 2010
Quelle: IW-Umweltpersonenpanel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 9

Die deutsche Industrie ist bei der Entwicklung solcher Komponenten gut aufgestellt. Auch ein Big Player für die Grundprodukte von Batteriezellen – Lithiumcarbonat – sitzt in Deutschland. Nur die Batteriezellen stammen zu 90 Prozent aus Asien.

Strom, um die Mobile zu betanken, ist hierzulande zur Genüge da. 1 Million Elektroautos, die pro Jahr jeweils 5.000 Kilometer zurücklegen, beanspruchen beispielsweise nicht einmal 0,1 Prozent der derzeitigen Stromerzeugung.

Für den Privatkunden dürfte sich ein Elektroauto beim aktuellen Dieselpreis von etwa 1,40 Euro pro Liter noch nicht rechnen. Um 100 Kilometer zurückzulegen, benötigt ein kleiner Diesel-Pkw mindestens Sprit

für 4,20 Euro. Der für die gleiche Strecke notwendige Strom ist zwar momentan 2 Euro billiger.

Allerdings müsste man rund 500.000 Kilometer fahren, damit sich der höhere Anschaffungspreis eines E-Vehikels amortisiert.

Denn das kostet derzeit 30.000 Euro – 10.000 Euro mehr als ein entsprechender Kleinwagen. Privatleute werden daher wohl vorerst einen Bogen um die leisen Flitzer machen.

Eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt, dass auch die Betriebe relativ klare Vorstellungen davon haben, was ein Elektroauto mehr kosten darf als ein konventionelles Fahrzeug (Grafik). Die Schallgrenze liegt demnach bei etwa 2.500 Euro Zusatzkosten.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw-d@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln, **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.